# freiheit

Ausgabe 05-06/22

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: adobestock

# Schöne Ferien!

**Eine Übersicht zu den Entlastungs-maßnahmen der Bundes-regierung finden Sie im Blattinneren als Wandzeitung zum Herausnehmen!**

Nr. 05-06 / Juli 2022 Erscheinungsort Wien, Österreichische Post AG, Sponsoringpost, GZ 02Z033906S
Retouren an: Wiener Pressverein, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

**PORR Bau GmbH**
**Hochbau . NL NÖ . Baugebiet Wiener Neustadt**
Industriegasse 6, 2700 Wr. Neustadt
+43 50 626-2470
**porr.at**

PORR

## EDITORIAL

***Liebe Leserin, lieber Leser der freiheit!***

*In Österreich werden, im Gegensatz zu vielen anderen OECD-Staaten, die einzelnen Steuer-Tarifstufen nicht an die jährliche Inflation angepasst. Dadurch steigt die Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung automatisch, ohne dass per Gesetz eine Steuererhöhung beschlossen werden muss. Diesen Automatismus kennt man auch unter „Kalter Progression". Stark vereinfacht ist damit gemeint, dass, obwohl man eine Gehaltserhöhung bekommen hat, man sich weniger leisten kann als davor. Besonders betroffen sind untere und mittlere Einkommen.*

*Mit dem neuen Entlastungspaket gegen die Teuerung ist nun der Bundesregierung ein wahrer Meilenstein gelungen, denn ab 2023 wird diese heimliche Steuererhöhung abgeschafft.*

*Ab 1. Jänner 2023 werden die Tarifstufen zu zwei Dritteln an die Inflation angepasst. Mit dem weiteren Drittel können soziale Ungleichheiten weiterhin vom Gesetzgeber ausgeglichen werden.*

*Damit wird ein echter, nachhaltiger Systemwechsel zugunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erreicht.*

*Das Team der freiheit wünscht einen schönen, erholsamen Sommer und viel Freude beim Lesen!*

*Ihre*

*Nikola König-Weixelbraun*
***freiheit**-Chefredakteurin*

Foto: privat

johann.singer@parlament.gv.at

Die „eigenen vier Wände" sind ein großes Thema für alle in unserer Gesellschaft. Ob Eigenheim, Wohnungseigentum oder Miete – alle Gesellschaftsschichten sind von diesem Bereich betroffen. Wohnen war, ist und wird immer stark im Fokus unserer Gesellschaft sein.

## ES GEHT UM LEISTBARES WOHNEN UND ZUSÄTZLICHEN WOHNRAUM

EIN GASTKOMMENTAR VON WOHN- UND BAUTENSPRECHER DER VOLKSPARTEI ABG.Z.NR HANS SINGER

Die Teuerungswelle der vergangenen Monate macht auch vor dieser Thematik keinen Halt. Die Frage des Haushaltsbudgets und damit auch die Frage der Leistbarkeit von Wohnraum verbunden mit den persönlichen Bedürfnissen spielen für uns alle eine große Rolle.

Wir stehen vor der Herausforderung, den Österreicherinnen und Österreichern die Leistbarkeit des Wohnens zu garantieren. Dabei sind viele Faktoren zu berücksichtigen. Neben den Vorstellungen und Bedürfnissen der Menschen, müssen wir uns auch mit dem Klimaschutz befassen. Nachhaltigkeit und Mobilität, die Bedürfnisse jüngerer und älterer Generationen sowie von Familien müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Dafür brauchen wir ein Zulassen von innovativen Ideen, ein neues Wohnrecht, das den modernen Bedürfnissen gerecht wird und ein offenes Auseinandersetzen mit Energieeffizienz, effizientem Ressourceneinsatz und Qualität. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der Überreglementierung in den technischen Vorgaben. Ist die Bürokratie auch beim Wohnen schon überbordend? Und wie gehen wir mit der Finanzierbarkeit von Grund und Boden um?

Eine wesentliche Rolle spielt dabei der gemeinnützige Wohnbau. Ein Instrument, das ein wichtiger Faktor für leistbares Wohnen ist und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ermöglicht. Dabei ist es wesentlich, dass wir für einen wirksamen Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen sorgen.

In der Frage des Wohnens gibt es keine Lösung auf Knopfdruck und auch beim Mietrecht gibt es Reformbedarf. Wir können und werden uns stetig dafür einsetzen, dass die Wohnproblematik langfristig und nachhaltig verbessert wird. Denn eines ist klar: Wer in unserem Land arbeitet und lebt, soll sich auch ein Haus oder eine Wohnung leisten können – weil Tatkraft und Fleiß sich auszahlen müssen.

**Impressum**

**Herausgeber:** Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

# „Das Thema Sicherheit steht wieder ganz oben auf der Agenda“

**Karl Nehammer ist nun seit ungefähr sieben Monaten Bundeskanzler und seit rund zwei Monaten ÖVP-Bundesparteiobmann. Im *freiheit*-Interview blickt er auf diese vergangenen Monate zurück und erzählt wie er die Ukraine-Krise und die Teuerungswelle erlebt hat und welche Pläne er im Sicherheitsbereich für die kommende Zeit hat.**

***freiheit:* Haben Sie jemals daran gedacht, Bundesparteiobmann der Volkspartei zu werden?**

**Karl Nehammer:** Ich habe es jedenfalls nicht geplant. Meine Karriere bei der Volkspartei begann als freiwilliger Funktionär. Ich wollte ursprünglich auch nicht Berufspolitiker werden. Wenn es aber darum geht, Verantwortung zu übernehmen, habe ich mich aber noch nie weggeduckt. Das war auch bei der Frage, ob ich das Amt des Parteiobmanns und Bundeskanzlers annehmen möchte, so. Diese Rolle ist auch nicht immer einfach, denn unser Land steht vor vielen schwierigen Herausforderungen und die Welt scheint von einer Krise in die nächste zu stolpern. Jetzt geht es darum, alles zu tun, damit Österreich bestmöglich durch die Krisen kommt. Als Parteiobmann ist es auch mein Ziel, die Volkspartei aus der schwierigen Phase, in der wir gerade sind, gestärkt herauszuführen. Dieser Herausforderung stelle ich mich gerne.

***freiheit:* Knapp einen Monat vor dem Bundesparteitag waren Sie in der Ukraine, was haben Sie in der Reise erlebt und wieso war Ihnen das ein Anliegen?**

**Nehammer:** Die Reise war nicht nur wichtig, um mir selbst ein Bild von der Lage vor Ort zu machen, sondern hatte auch eine starke Symbolkraft in Richtung Ukraine. Nach dem Einfall in die Ukraine und dem Start des Angriffskrieges seitens der Russischen Föderation war uns wichtig, dieses Zeichen des Zusammenhalts zu setzen. Österreich ist zwar militärisch neutral, wird aber nicht dabei zusehen, wenn – wie jetzt durch Russland – ein illegaler Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat geführt wird und die Menschenrechte verletzt werden. Direkt nach meinem Besuch bei Präsident Selenskyj bin ich auch nach Russland gereist, um dort Präsident Wladimir Putin zu treffen und ihn mit den unfassbaren Kriegsverbrechen zu konfrontieren, die ich mit eigenen Augen in Kiew und Butscha gesehen habe. Das war sicherlich einer der intensivsten Momente, die ich bisher als Bundeskanzler erlebt habe.

***freiheit:* Hat der Krieg auch das Thema Sicherheit wieder stärker in den Fokus gerückt?**

**Nehammer:** Der Krieg in der Ukraine hat jedenfalls für ein Umdenken in Europa gesorgt. Nach jahrelangem Abrüsten auf Kosten unserer Fähigkeit zur Selbstverteidigung geht der europäische Trend nun in die entgegengesetzte Richtung. Das Thema Sicherheit steht nun wieder ganz oben auf der Agenda. Das gilt auch für Österreich. Das zeigt auch der einstimmige Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates, das Verteidigungsbudget angemessen aufzustocken. Ich fühle mich dem österreichischen Bundesheer sehr verbunden und freue mich, dass sich mit diesem Beschluss alle Parteien in Österreich dazu bekennen, dass mehr in die Sicherheit investiert werden muss.

***freiheit:* Gerade aufgrund der Abhängigkeit von russischem Gas ist die Energieversorgungssicherheit ein Bereich, der viele Fragen aufwirft – was unternimmt die Bundesregierung?**

**Nehammer:** Energiesicherheit heißt Unabhängigkeit und das ist unser Ziel. Wir arbeiten daran auf allen Ebenen, einerseits mit der Gasbevorratung als kurz- und mittelfristige Maßnahme und andererseits durch den Umstieg auf erneuerbare Energien als langfristiges Vorhaben. Es ist aber auch klar, dass der Umstieg auf Erneuerbare nicht von heute auf morgen funktioniert. Diese Transformation kann nur gemeinsam mit der Gesellschaft und der Wirtschaft gelingen, dafür werden wir auch einen milliardenschweren Transformationsfonds einrichten, damit wir den Bürgerinnen und Bürgern Anreize bieten können. Wie beispielsweise eine Förderung beim Austausch der Gastherme oder der Ölheizung. Der Krieg in der Ukraine hat uns jedenfalls gezeigt, dass wir uns in den vergangenen Jahrzehnten zu abhängig von anderen Staaten gemacht haben und bestärkt uns jetzt im Bestreben, diese Abhängigkeiten abzubauen.

***freiheit:* Nun leben wir auch in Zeiten hoher Inflation, die Teuerungswelle ist mitten in der Gesellschaft angekommen, wie kann die Bundesregierung hier gegensteuern?**

**Nehammer:** Wir sind derzeit mit multiplen, überlappenden Krisen kon-

Foto: ÖVP

frontiert. Das Thema Teuerung und Inflation beschäftigt uns nun schon seit vielen Monaten. Die Bundesregierung setzt bereits seit Jänner Maßnahmen, um die Folgen der Teuerung abzufedern. Bisher haben wir insgesamt drei Entlastungspakete geschnürt und verabschiedet. Die ersten zwei haben ein Volumen von knapp vier Milliarden Euro und das dritte Paket ist 28 Milliarden Euro schwer, unterteilt in kurzfristige Maßnahmen und strukturelle Maßnahmen – wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression. Für uns war es auch wichtig, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Der UV-Beitrag wird um ein Zehntel gekürzt, die Sozialleistungen valorisiert. Darüber hinaus bekommt jede und jeder 500 Euro, bestehend aus dem Klimabonus und aus dem Anti-Teuerungsbonus. Kein anderes Land der Welt hat so schnell so umfassende Maßnahmen gegen die Teuerung gesetzt, wie Österreich. Klar ist aber auch, dass die Bundesregierung nie 100 Prozent der Folgen der Inflation kompensieren kann.

***freiheit:* In der Volkspartei wird stets betont, dass Familien an erster Stelle stehen – gerade diese leiden enorm unter der derzeitigen Teuerung. Welche Unterstützung bietet die Bundesregierung?**

**Nehammer:** Die Familien werden mit unseren Maßnahmen ganz besonders entlastet. Eine sofortige Hilfe ist beispielsweise die Einmalzahlung an Familien im August in Höhe von 180 Euro pro Kind. Jede und jeder bekommt im Oktober 500 Euro als Anti-Teuerungsbonus, die Kinder 250 Euro. Die Erhöhung des Familienbonus von 1.500 auf 2.000 Euro wird auf dieses Jahr vorverlegt. Als Beispiel für langfristige Maßnahmen kann man die Valorisierung der Familienbeihilfe nennen und das ist nur ein Auszug aus den Pakten.

***freiheit:* Warum haben Sie sich dazu entschlossen, die Impfpflicht komplett abzuschaffen?**

**Nehammer:** Die Impfpflicht hat zu einer enormen Spaltung in unserer Gesellschaft geführt und nicht den gewünschten Effekt – eine Steigerung der Impfquote – erzielt. Mein Vorsatz als Bundeskanzler ist, die Menschen wieder zusammenzuführen, die Gräben zuzuschütten und die Emotionalisierung herauszunehmen. Uns muss klar sein, dass wir miteinander gegen das Virus kämpfen und nicht gegeneinander.

***freiheit:* Moldawien und die Ukraine haben nun offiziell den Beitrittskandidatenstatus erhalten. Ist das vor allem den Westbalkanstaaten gegenüber fair?**

**Nehammer:** Es muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass für alle die gleichen Regeln für den EU-Beitritt gelten sollen. Wir dürfen nicht mit zweierlei Maß messen und auf den EU-Annäherungsprozess für die Länder des Westbalkans vergessen. Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass auch Bosnien und Herzegowina der Status eines Beitrittskandidatenlandes erteilt wird, denn das ist in unserem ureigensten Interesse als wichtiger Handelspartner.

# Ein großer Wurf für die Pflege

**Mit rund einer Milliarde mehr für die Pflege und 20 konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung das größte Pflegepaket seit Jahrzehnten geschnürt. Damit werden für den Pflegeberuf, die Pflegeausbildung sowie für Betroffene und deren pflegende Angehörige die Bedingungen wesentlich verbessert und ein sozialpolitischer Meilenstein gesetzt. Die *freiheit* gibt einen Überblick.**

Am Internationalen Tag der Pflege präsentierte die Bundesregierung ein Pflegepaket, das sich sehen lassen kann und für uns alle und insbesondere für die ältere Generation mehr als gelungen ist. Das Paket umfasst insgesamt über 20 Maßnahmen mit einem Volumen von einer Milliarde Euro für den Pflegeberuf, die Ausbildung sowie für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Alles Maßnahmen und Angebote, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und das Pflegesystem langfristig reformieren. Nun hat der Nationalrat die Umsetzung beschlossen.

Foto: Adobestock

## Maßnahmen für den Pflegeberuf

Der Bund stellt zur Attraktivierung des Pflegeberufs insgesamt 570 Millionen Euro für die Erhöhung der Gehälter zur Verfügung.

Dringend benötigte Erholung bringt eine zusätzliche Entlastungswoche, auf die beim Bund oder bei privaten Einrichtungen beschäftigte Pflegekräfte ab ihrem 43. Geburtstag Anspruch haben – unabhängig davon, wie lange sie schon im Betrieb sind.

Erleichterungen bei der Zuwanderung von ausgebildeten Fachkräften: Der Zugang wird durch die Rot-Weiß-Rot-Card erleichtert. Pflegekräfte erhalten damit eine Arbeitserlaubnis, sowie einen Aufenthaltstitel. Außerdem erleichtert die Bundesregierung die Anerkennung von ausländischen Ausbildungen.

Kompetenzerweiterungen gibt es für Pflegeassistentinnen/Pflegeassistenten und Pflegefachassistentinnen/Pflegefachassistenten: Das geplante Auslaufen der Tätigkeit von Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten in Krankenanstalten ab Anfang 2025 wird aufgehoben.

## Verbesserungen bei der Pflegeausbildung

Wer seine erste Ausbildung in einem Pflegeberuf macht, erhält einen Ausbildungszuschuss von mindestens 600 Euro pro Monat bzw. pro Praktikumsmonat. Für Umsteigerinnen und Umsteiger, die aus einem anderen Beruf in die Pflege wechseln, sowie für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger gibt es während einer vom AMS geförderten Ausbildung ein Pflegestipendium von mindestens 1.400 Euro pro Monat.

Für Jugendliche wird es, vorerst als Modellversuch, eine Pflegelehre in ganz Österreich geben. Sie wird vier oder drei Jahre dauern und mit einem Lehrabschluss als Pflegefachassistenz bzw. Pflegeassistenz enden. Bestehende Schulversuche an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen werden ins Regelschulwesen übernommen.

## Maßnahmen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige (inkl. 24-Stunden-Betreuung)

Für Menschen mit schweren psychischen Behinderungen und Demenz gibt es eine Erhöhung des Pflegegelds. Damit stehen 20 Stunden zusätzlich pro Monat für die Pflege und Betreuung zur Verfügung. Davon profitieren 8.500 Betroffene.

Künftig besteht drei Monate Rechtsanspruch auf Pflegekarenz statt bisher ein Monat. Voraussetzung ist, dass dieser Rechtsanspruch in einem Kollektivvertrag oder einer Betriebsvereinbarung vorgesehen ist.

Die erhöhte Familienbeihilfe wird nicht mehr auf das Pflegegeld angerechnet. Von dieser Maßnahme profitieren rund 45.000 Personen, die 60 Euro pro Monat mehr erhalten.

Die Bundesregierung schafft einen Angehörigenbonus von 1.500 Euro ab dem Jahr 2023 für die Person, die den größten Teil der Pflege zuhause leistet und selbst- oder weiterversichert ist. Nach vorsichtigen Schätzungen werden rund 30.000 Personen ab der 4. Pflegestufe diesen Angehörigenbonus erhalten.

Optimierungen sind auch bei der 24-Stunden-Betreuung gelungen. Durch eine Verbesserung der arbeitsrechtlichen Bedingungen soll eine Attraktivierung der unselbstständigen Beschäftigung der 24h-Betreuung geschafft werden. Die selbstständige 24h-Betreuung ist davon unberührt und bleibt zusätzlich bestehen.

### Ein großer Wurf

Dass die Pflege die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist, darüber sind sich Expertinnen und Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch die Politikerinnen und Politiker seit Jahren einig. Und dennoch hat in den vergangenen Jahren der Mut gefehlt, die drängenden Probleme in diesem Bereich anzugehen. Mit dieser Reform ist der Bundesregierung ein großer Wurf gelungen, die eine spürbare Unterstützung für das gesamte Pflegepersonal bringt, und mit dem der bis 2030 benötigte Bedarf von 76.000 zusätzlichen Pflegerinnen und Pflegern gesichert ist. Und es ist gelungen, ein Pflegesystem zu schaffen, das jeder und jedem Einzelnen ermöglicht, im Alter würdevoll zu leben und die optimale Betreuung zu bekommen.

# 20 Millionen für unsere Feuerwehren

**Die Freiwilligen Feuerwehren mit ihren über 345.000 Mitgliedern leisten eine unschätzbare Arbeit für unser Land. Dieses ehrenamtliche Engagement ist mit Geld nicht aufzuwiegen. Nun hat die Bundesregierung durch eine umfassende finanzielle Unterstützung sichergestellt, dass unsere Feuerwehren bei ihren Einsätzen auf die beste Ausrüstung und Gerätschaft zurückgreifen können.**

Sie sind ein unverzichtbarer und kostbarer Teil in jeder Dorfgemeinschaft: die Freiwilligen Feuerwehren. Über 345.000 Mitglieder leisten in 4.472 Freiwilligen Feuerwehren, sechs Berufsfeuerwehren und 313 Betriebsfeuerwehren eine unschätzbare Arbeit. Sie tragen maßgeblich dazu bei, die Sicherheit in Österreich zu garantieren, und sind im Ernstfall stets zur Stelle. Allein im vergangenen Jahr wurden sie zu 264.000 Einsätzen gerufen.

Foto: Adobestock

Die Bundesregierung stellt daher als Zeichen der Wertschätzung für dieses ehrenamtliche Engagement zusätzlich 20 Millionen Euro für die Anschaffung von Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung zur Verfügung. Mit diesem Betrag soll den Feuerwehren die Mehrwertsteuer (20 Prozent), die bei der Investition in Fahrzeuge und Ausrüstung anfällt, abgegolten werden. Eine ähnliche Regelung gab es bisher im Land Niederösterreich.

### 2022 bereits 117 Millionen Euro für die Feuerwehren bereitgestellt

Das Feuerwehrwesen liegt in der Kompetenz der Länder. Der Bund stellt 8,9 Prozent des Katastrophenfonds für die Anschaffung von Einsatzgeräten zur Verfügung. Das sind im Jahr 2022 rund 46,7 Millionen Euro. Zudem erhalten die Länder die Erträge aus der Feuerschutzsteuer – das sind heuer weitere rund 71 Millionen Euro, zusammen rund 117,7 Millionen Euro. Mit der Gesetzesnovelle werden die Feuerwehren zusätzlich mit 20 Millionen Euro unterstützt.

# Die besten Bedingungen für unsere Kinder

**Die Kindergärten bekommen künftig mehr Geld. Die „Kindergartenmilliarde“ wird in den kommenden fünf Jahren in 200-Millionen-Euro-Tranchen ausbezahlt und bringt Reformen im Bereich der Elementarpädagogik, aber auch im Pflichtschulbereich. Möglich wird sie durch die neue 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung, auf die sich Bund und Länder bei der Landeshauptleute-Konferenz in Bregenz einigten.**

Kinderbetreuung und Elementarpädagogik sind wichtige Grundbausteine im Bildungssystem, für den eigenen Bildungsweg und im weiteren Sinn für eine funktionierende Gesellschaft. Um die besten Bedingungen für unsere Kinder und damit die Zukunft unseres Landes zu schaffen, werden für die Kindergartenjahre 2022/23 bis 2026/27 insgesamt eine Milliarde Euro bundesseitig zur Verfügung gestellt. Mit der Kofinanzierung der Länder fließen damit 1,315 Milliarden Euro in diesen wichtigen Bereich. Darauf haben sich Bildungsminister Martin Polaschek, Familienministerin Susanne Raab und die Landeshauptleute geeinigt.

Foto: Adobestock

### Was bedeutet das konkret?

Die neue Vereinbarung zwischen Bund und Ländern für Kinder und Familien soll folgende Ziele erreichen:

- Für all jene Familien, die ein flexibles, flächendeckendes und ganzjähriges Angebot nutzen möchten, soll dies bereitgestellt und ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot geschaffen werden. Der Fokus liegt beim flächendeckenden Ausbau insbesondere auf der Schaffung von neuen Plätzen für unter Dreijährige und auf noch unterversorgte Regionen.
- Die Öffnungszeiten sollen verlängert und flexibler angeboten werden, damit diese mit einer Vollbeschäftigung der Erziehungsberechtigten vereinbar sind (VIF-Konformität). Zusätzlich sollen auch für die Randzeiten Angebote bereitstehen. Der beitragsfreie Pflichtkindergartenbesuch soll weiterhin die Familien finanziell entlasten.
- In den Verhandlungen wurde die Bedeutung der elementaren Einrichtungen als erste Bildungseinrichtung eines Kindes hervorgehoben. Alle Vertragspartner streben die stetige qualitative und quantitative Verbesserung in der Elementarpädagogik an. Qualitativ durchgängig hochwertige Angebote sollen für alle Kinder gewährleistet werden.
- Überdies verständigten sich die Länder darauf, im Rahmen der Elementarpädagogikreferenten-Konferenzen einen Vorschlag über Qualitätsmindeststandards zu erarbeiten und Qualitätsstandards im Bereich Personalentwicklung sowie bei Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fach- und Assistenzpersonal zu prüfen.
- Zudem soll die frühe sprachliche Förderung mit dem Ziel der raschen Integration intensiviert werden. Die maximal für die frühe sprachliche Förderung abrufbaren Mittel steigen sowohl durch die Ausweitung der Mittel als auch des flexiblen Anteils von bisher maximal 25 Mio. Euro auf zukünftig maximal 59 Mio. Euro pro Kindergartenjahr. Diese Mittelerhöhung und Qualitätssteigerung kommt v. a. Kindern mit Migrationshintergrund zugute und trägt damit wesentlich dazu bei, die Integration dieser Kinder zu verbessern.

Foto: ALDECAstudio/stock.adobe.com

Immer kürzere Arbeitsverhältnisse: Die AK fordert eine 6. Urlaubswoche für alle Beschäftigten.

# Gleiches Recht: AK fordert 6. Urlaubswoche für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

**Obwohl Arbeitsverhältnisse immer kürzer werden, stehen erst nach 25 Dienstjahren beim selben Arbeitgeber 6 – statt 5 – Wochen Urlaub zu. Vorzeiten sind maximal bis 12 Jahre anrechenbar. „Deshalb fordert die AK, eine 6. Urlaubswoche für alle zu ermöglichen", so BAK-Vizepräsident Erwin Zangerl.**

Gerade jetzt zu Beginn der Urlaubszeit fragen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wann eigentlich ein Anspruch auf 6 Wochen Urlaub pro Urlaubsjahr besteht – anstelle von 5 Wochen.

**25 Dienstjahre.** Die Grundregel dazu lautet: Erst nach 25 Dienstjahren beim selben Arbeitgeber erhöht sich der Urlaub von 5 auf 6 Wochen. Vordienstzeiten sind bis zu einem bestimmten Ausmaß anzurechnen, aber da wird es schon komplizierter: Zeiten aus anderen Arbeitsverhältnissen (Inland, EU-/EWR-Raum) und einer selbstständigen Erwerbstätigkeit von jeweils mindestens 6 Monaten Dauer sind anzurechnen, insgesamt aber nur bis zum Höchstausmaß von 5 Jahren. Schulzeiten einer höheren oder berufsbildenden mittleren oder höheren Schule sind bis maximal 4 Jahre, mit Erfolg abgeschlossene Hochschulstudienzeiten im Ausmaß der gewöhnlichen Dauer, höchstens jedoch mit 5 Jahren anzurechnen. Aber: Vordienstzeiten und Schulzeiten gemeinsam werden insgesamt nur mit 7 Jahren angerechnet! Kommen also Vordienstzeiten, Schulzeiten und Hochschulzeiten zusammen, so kann das auf eine maximale Anrechenbarkeit von 12 Jahren hinauslaufen – man muss also „nur" mehr 13 Jahre beim selben Arbeitgeber gearbeitet haben, um einen Anspruch auf die 6. Urlaubswoche zu erlangen.

**Öffentlicher Dienst.** Im öffentlichen Dienst gibt es hierzu übrigens meistens andere Regelungen, wie beispielsweise den Anspruch auf die 6. Urlaubswoche bei Erreichen eines bestimmten Lebensalters.

Auch in Kollektivverträgen – und auch in Arbeitsverträgen – kann es Besserstellungen geben: Es gibt Unternehmen, die zur Hebung der Attraktivität als Arbeitgeber bereits ab dem 2. Jahr im Betrieb eine 6. Urlaubswoche gewähren.

**AK Forderung.** „Aufgrund der immer kürzeren Dauer von Arbeitsverhältnissen ist es an der Zeit, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen und die 6. Urlaubswoche für alle Beschäftigten zu ermöglichen", betont BAK-Vizepräsident Erwin Zangerl.

entgeltliche Einschaltung

Fotos: FCG

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am diesjährigen Bundestag der FCG Jugend im großen Saal der Gewerkschaft GPA

# Jugend vertreten – Gen

**Unter diesem Motto fand Anfang Mai 2022 einer der größten Bundestage der FCG Jugend statt. Sie suchte Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft.**

Der Austausch zwischen den verschiedenen Altersgruppen, das Miteinander der Generationen spielen für die Entwicklung unserer Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Niedrige Geburtenrate, zunehmende Lebenserwartung, Bevölkerungszuwächse und dominierende Babyboom-Jahrgänge werden die Zukunft der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidend prägen. In Zeiten, in denen der sich rasant vollziehende demografische Wandel von zentraler Bedeutung ist, soll das langjährig erworbene Wissen der älteren Funktionärinnen und Funktionäre nicht verloren gehen, sondern an die jüngeren Generationen weitergegeben werden. Das hat die FCG Jugend erkannt und ihren Bundestag unter das Motto „Jugend vertreten – Generationen verbinden" gestellt. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Verbindung zwischen den Generationen herzustellen – das ist bisher sehr gut gelungen.

Mit einer beeindruckenden Mehrheit wurde Desislava Fatahi zur Bundesvorsitzenden der FCG Jugend wiedergewählt

Mehr als 150 Jung- und Alt-Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder fanden sich daher am Bundestag der FCG Jugend im großen Saal der Gewerkschaft GPA ein. Die jungen Christgewerkschafterinnen und -gewerkschafter aus den Bundesländern und den sieben Fachgewerkschaften versammelten sich, um die nächsten zweieinhalb Jahre gemeinsam zu definieren. Durch den regen Gedankenaustausch zwischen den verschiedenen Altersgruppen konnten neue Projekte und Ideen entwickelt werden. Auch der Weg von Desislava Fatahi wurde am Bundestag bestätigt. Sie wurde mit großer Mehrheit als FCG-Bundesjugendvorsitzende wiedergewählt. Stefan Lochmahr, der den Abend moderierte, Sarah Ducellari, Robert György, Verena Strobl und Leonhard Wassiq wurden mit jeweils beeindruckender Mehrheit zu ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern gewählt. Hoffnungsfroh und vertrauensvoll werden Desislava Fatahi und Alexander Jansa die Jugend in eine richtige Richtung lenken und vertreten.

entgeltliche Einschaltung

# erationen verbinden

Zu den am Bundestag diskutierten Themen gehört unter anderem die Digitalisierung an den Berufsschulen und die Lehrausbildung im Gesamten. Es wurden daher einige Leitanträge in diese Richtung gestellt. Ein freier Zugang zu digitalen Lehrbüchern und -unterlagen soll überall vorhanden sein. Die Bereitstellung von Laptops, Tablets und WLAN ist ein Muss im Sinne der Digitalisierung.

Darüber hinaus ist natürlich die Klimakrise ein zentrales Anliegen unserer heutigen Zeit. Aus Sicht der FCG Jugend ist es unabdingbar, einen klima- und umweltschutzgerechten Wandel sicherzustellen. Dafür soll die Etablierung eines Unterrichtsfaches zum Thema Ökologie, Umwelt- und Klimaschutz für alle Schultypen erfolgen.

Der Mensch steht für die FCG im Mittelpunkt. Deswegen braucht es ein gesundes Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Privatleben. Die Familie wiederum ist eine wichtige Kraftquelle für ein erfolgreiches Arbeitsleben, daher soll eine Valorisierung aller Familienleistungen erfolgen.

Diese und weitere Themen wurden ausgearbeitet und bestätigt. Der Weg ist ein langer, aber das Ziel ist das richtige.

Desislava Fatahi bei der Präsentation des Leitantrages der FCG Jugend

entgeltliche Einschaltung

# Spürbare Entlastung für alle!

## Wirksame Hilfe bringt den finanziellen Spielraum zurück – sofort und nachhaltig

### Im Sommer

- Erhöhung des Familienbonus von 1.500 auf **2.000 Euro** pro Jahr und Kind
- Für Kinder ab 18 wird der Familienbonus von 500 auf **650 Euro** pro Jahr und Kind erhöht
- Erhöhung des Kindermehrbetrags von 350 auf **550 Euro** pro Jahr und Kind
- **300 Euro** für besonders betroffene Gruppen (Arbeitslose, Bezieher einer Mindestpension etc.)
- **180 Euro** als zusätzliche Einmalzahlung im Zuge der Familienbeihilfe im August
- Möglichkeit der steuer- und abgabenfreien Mitarbeiterbeteiligung bis zu **3.000 Euro**

### Im Herbst

- $CO^2$-Bepreisung wird auf Oktober verschoben
- **500 Euro** für jeden und jede: davon 250 Euro Klimabonus und 250 Euro Entlastungsbonus für alle Erwachsenen (für Kinder je die Hälfte)

### Zum Jahreswechsel

- Erhöhter Steuer-Absetzbetrag für 2022 in der Höhe von **500 Euro**
- Abschaffung der Kalten Progression inkl. aller Frei- und Absetzbeträge
- Valorisierung der Sozialleistungen (Reha-, Kranken-, Umschulungsgeld, Studienbeihilfe, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag, ...)
- Senkung der Lohnnebenkosten (Senkung Unfallversicherungs-Beitrag um ein Zehntel, Senkung des FLAF-Beitrags auf 3,7 Prozent)

Entlastung pro Jahr:
**1.682 Euro**

### Beispiel 3: Alleinerziehende, 1 Kind

**Alleinerziehende mit einem Kind (4 Jahre) aus Graz: Verena ist Teilzeitangestellte im Handel und erhält eine Aufstockung bis zur Mindestsicherungsgrenze.**

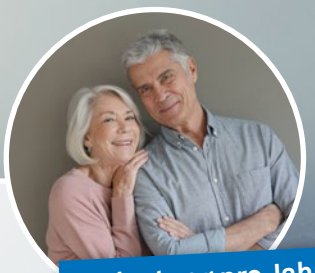
| **Verena (Monatseinkommen 800 Euro brutto)** | |
|---|---|
| Entlastung Steuer (Absetzbetrag) | 252 € |
| Entlastung Aufstockung Kindermehrbetrag | 200 € |
| Klimabonus | 250 € |
| Klimabonus Kinder | 125 € |
| Entlastungsbonus | 250 € |
| Entlastungsbonus Kinder | 125 € |
| Einmalzahlung Familienbeihilfe | 180 € |
| Einmalzahlung besonders betroffene Gruppe | 300 € |
| **Gesamtentlastung für 2022** | **1.682 €** |

Entlastung pro Jahr:
**2.865 Euro**

## Beispiel 1: Familie, 2 Kinder

**Ehepaar mit 2 Kindern (10 und 14 Jahren) aus Salzburg: Veronika ist Vollzeitangestellte in der öffentlichen Verwaltung, Thomas ist Vollzeitangestellter bei einem Versandhandel**

| | |
|---|---|
| **Veronika (Monatseinkommen 2.500 Euro brutto)** | |
| Entlastung Steuer (Familienbonus + Absetzbetrag) | 380 € |
| Klimabonus | 250 € |
| Klimabonus Kinder | 250 € |
| Entlastungsbonus | 250 € |
| Entlastungsbonus Kinder | 250 € |
| Einmalzahlung Familienbeihilfe | 360 € |
| **Gesamtentlastung für 2022** | **1.740 €** |
| **Thomas (Monatseinkommen 1.500 Euro brutto)** | |
| Entlastung Steuer (Familienbonus + Absetzbetrag) | 625 € |
| Klimabonus | 250 € |
| Entlastungsbonus | 250 € |
| **Gesamtentlastung für 2022** | **1.125 €** |



Entlastung pro Jahr:
**1.726 Euro**

## Beispiel 2: Pensionisten-Ehepaar

**Pensionisten-Ehepaar aus Klagenfurt: Hans war Vollzeitangestellter bei einem Handelsunternehmen, Erika war lange Zeit zu Haus bei den Kindern und dann als Sprechstundenhilfe tätig.**

| | |
|---|---|
| **Hans (Monatspension 1.300 Euro brutto)** | |
| Entlastung Steuer (Absetzbetrag) | 500 € |
| Klimabonus | 250 € |
| Entlastungsbonus | 250 € |
| **Gesamtentlastung für 2022** | **1.000 €** |
| **Erika (Monatspension 1.100 Euro brutto)** | |
| Entlastung Steuer (Absetzbetrag) | 226 € |
| Klimabonus | 250 € |
| Entlastungsbonus | 250 € |
| **Gesamtentlastung für 2022** | **726 €** |

Foto: Adobestock.com

Mein Lieblingsort

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

# Alexandra Tanda

**Die Tirolerin Alexandra Tanda ist seit Jänner 2020 als Abgeordnete im Nationalrat tätig. Tanda studierte neben ihrer Berufstätigkeit und ist seit 2016 Geschäftsführerin des Österreichischen Roten Kreuzes, Freiwillige Rettung Innsbruck. Daneben engagiert sie sich als Obfrau des Fördervereins Johann Sebastian Bach Musikschule in Innsbruck. Die Abgeordnete ist Mitglied im Gesundheitsausschuss, im Ausschuss für Familie und Jugend und im Konsumentenschutzausschuss.**

***freiheit:* Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**
Meine klare Nummer eins ist mein Zuhause in Innsbruck, dicht gefolgt von Wien. Innsbruck verbindet auf wunderbare Weise die Vorzüge einer größeren Stadt mit viel Leben und der sie umgebenden Natur als Naherholungsgebiet. Eingebettet zwischen Bergen, erfüllt mich schon der erste Blick am Morgen auf die Nordkette mit Bewunderung. In der Freizeit kann ich in der Früh auf den Berg gehen, Wandern, Skifahren oder Rodeln und am Abend zu einer Kulturveranstaltung im Haus der Musik oder ins Treibhaus.

***freiheit:* Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?**
Besonders verbinde ich mit Innsbruck meine Kindheit in einer Gärtnerei, die frei, ungebunden und voller Abenteuer auf Bäumen, in den Glashäusern oder am Bach war. Ich habe den Großteil meines Lebens in Innsbruck verbracht, sodass es unzählige Erinnerungen an den unterschiedlichsten Orten gibt.

***freiheit:* Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?**
Bei Sonnenuntergang ist die 360-Grad-Bar mit Blick auf die Martinswand sehr empfehlenswert. Gleich in der Früh bei Sonnenaufgang kann ich allen Leserinnen und Lesern einen Ausflug auf die Seegrube ans Herz legen – der Blick auf die erwachende Stadt mit den Bergen im Hintergrund ist unbeschreiblich. Auch das Bummeln durch die Seitengassen der Altstadt ist wunderschön.

Foto: privat

Alexandra Tanda in ihrer Heimatstadt Innsbruck, die gleichzeitig auch ihr Lieblingsort ist

***freiheit:* Was ist Ihr Lieblingsort außerhalb von Österreich und warum?**
Außerhalb Österreichs liebe ich Schottland und dort bevorzugt die Highlands. Die Weite, die saftig grünen Hänge oder die raue Küste, an der die Wellen brechen, strahlen auf mich Ruhe und Stille aus. Das ist für mich ein Kraftort.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

## Die Volksanwaltschaft – ein parlamentarisches Organ

**Die Volksanwaltschaft ist eine parlamentarische Ombudsstelle zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung. Sie besteht aus drei Mitgliedern, also drei Volksanwälten. Wer sich durch Behörden ungerecht behandelt fühlt und bereits alle Rechtsmittel ausgeschöpft hat, kann sich kostenlos an die Volksanwaltschaft wenden. Das gilt für alle Menschen, unabhängig davon, ob sie Staatsbürger sind. Die Aufgabe der Volksanwaltschaft ist es, Missstände in der Verwaltung aufzuzeigen. Darüber hinaus gehört auch die Kontrolle aller Orte, die der Freiheitsentziehung dienen, zum Aufgabengebiet der Volksanwaltschaft – das sind vor allem Gefängnisse, aber auch Krankenhäuser zur Behandlung psychischer Störungen und psychiatrischer Erkrankungen.**
**Die Volksanwälte müssen dem Nationalrat über ihre Tätigkeit regelmäßig berichten. Diese Berichte werden im zuständigen Volksanwaltschafts-Ausschuss und danach im Plenum des Nationalrates vorgelegt und diskutiert.**
**Die Volksanwälte werden alle sechs Jahre vom Nationalrat gewählt, sind unabhängig und weisungsfrei. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten liegt jeweils bei den drei mandatsstärksten Parteien. Die Kandidaten werden davor im jeweiligen Parlamentsklubs gewählt. Nachdem der bisherige Volksanwalt Werner Amon in die steirische Landesregierung wechselt, hat der ÖVP-Parlamentsklub die bisherige Nationalratsabgeordnete Gaby Schwarz zu seiner Nachfolgerin nominiert.**

# Splitter aus dem Parlament

## Lehrlinge aus ganz Österreich diskutierten Lehrlingsausbildung

Auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka fand im Parlament in der Hofburg ein Lehrlingsparlament statt. Bei einem solchen Lehrlingsparlament lernen Lehrlinge aus ganz Österreich den Gesetzgebungsprozess persönlich und analog zur Realität kennen und erleben sozusagen am „Originalschauplatz", wo und wie politische Entscheidungen zustande kommen und Gesetze gemacht werden. Im Zentrum der Tagung stand diesmal das Thema „Maßnahmen im Rahmen der Lehrlingsausbildung". Unterstützt wurden die interessierten Jugendlichen bei diesem Anlass von Abgeordneten aller Parlamentsfraktionen. Für die ÖVP hatte dies der Abgeordnete Andreas Minnich übernommen.

## Pfurtscheller: Solidarität mit ukrainischen Frauen

„Es braucht unsere Solidarität. Wir wollen Zeichen in die Ukraine und an die geflüchteten ukrainischen Frauen senden, dass sie nicht vergessen sind und wir stetig versuchen, ihnen zu helfen und sie zu unterstützen", sagte ÖVP-Frauensprecherin Abg. Elisabeth Pfurtscheller anlässlich einer Spendenveranstaltung „Hilfe für Frauen in der Ukraine" in der Pfarre Altlerchenfeld in Wien. Gesammelt wurden Geld- und Sachspenden – vor allem Hygieneartikel für Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Pakete wurden auf sicheren Korridoren in die Ukraine gebracht.

Foto: Harald Klemm

Im Bild (v.l.n.r.): Elisabeth Pfurtscheller mit den ukrainischen Künstlerinnen Olha Bosak und Diana-Maria Marchuk, EUWA-Präsidentin Christina Schlosser und Organisatorin Doris Kardos-Greher

Organisiert wurde die Veranstaltung u.a. von der Neubauer ÖVP-Bezirksparteiobfrau und Präsidentin der European Union of Women Austria (EUWA), Christina Schlosser. „Frauen unterstützen Frauen. Gerade den Frauen in der Ukraine fehlt es derzeit am Notwendigsten. Daher ist es uns ein Anliegen, die Hygieneartikel direkt in die Ukraine bringen lassen zu können." Mit der jungen Sängerin Diana-Maria Marchuk und der Malerin Olha Bosak konnten Pfurtscheller und Schlosser zwei ukrainische Künstlerinnen begrüßen, denen die Flucht aus ihrem Land gelungen ist und die in Österreich Schutz und Sicherheit gefunden haben.

## Gemeinsam am Gipfel

Gemeinsam haben die ÖVP-Nationalratsabgeordneten Bettina Zopf, Corinna Scharzenberger, Klaus Fürlinger und dessen parlamentarische Mitarbeiterin Johanna Beer den „Wächter des Salzkammerguts", den Gipfel des Traunsteins, bestiegen. „Eine Herausforderung, die wir gemeinsam gemeistert haben, und ein Gipfelsieg, der uns für unsere weitere Arbeit motiviert", so die drei bergbegeisterten Abgeordneten unisono.

Foto: privat

Im Bild (v.l.n.r.): Bettina Zopf, Corinna Scharzenberger, Klaus Fürlinger und Johanna Beer beim Gipfelkreuz des Traunsteins

## Bundesparteitag in Graz

Der ÖVP-Bundesparteitag in Graz brachte ein 100-Prozent-Wahlergebnis für Bundesparteiobmann Karl Nehammer und einen großen Motivationsschub für alle, die bei diesem Großevent persönlich oder via Liveübertragung dabei waren. ÖVP-Klubobmann August Wöginger zog in seiner Rede vor den Delegierten ein positives Resümee über die bisherige Regierungsarbeit – Stichwort Halbzeitbilanz – und die Zusammenarbeit mit dem grünen Koalitionspartner. Trotz der notwendigen Krisenbewältigung – vor allem Corona und der russische Angriffskrieg in der Ukraine – habe man viel weitergebracht, sagte Wöginger und zählte etwa die ökosoziale Steuerreform, den Ausbau der erneuerbaren Energien oder das Pflegepaket auf. „Nun gehen wir mit der Koalition in die zweite Halbzeit, und wir werden diese auch zu Ende spielen", versicherte er. Für die Opposition hatte der Klubobmann keine freundlichen Worte übrig – diese arbeite „mit ständigem Anpatzen, in der Hoffnung, dass etwas hängen bleibt", und „mit unredlichen Methoden in der Hoffnung, dass uns die Lust an der Politik vergeht".

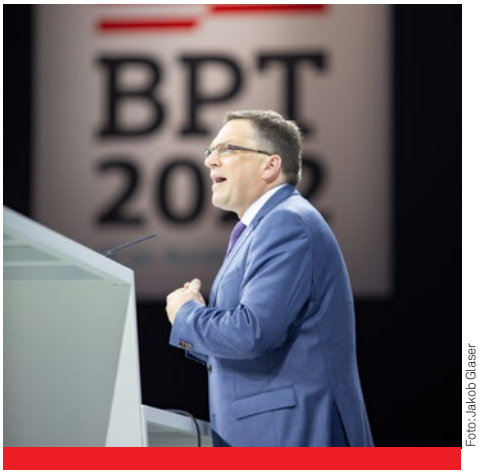



Foto: Jakob Glaser

KO August Wöginger bei seiner Rede beim ÖVP-Bundesparteitag in Graz

## FC Nationalrat wurde Dritter in Finnland

Vom 27. bis 28. Mai 2022 fand im finnischen Lahti das 49. Internationale Parlamentarier/innen-Fußballturnier statt. 27 Mitglieder aus dem österreichischen Parlament – unter ihnen die ÖVP-Mandatare Andreas Hanger, Fritz Ofenauer, Niki Berlakovich und Bernhard Hirczy – nahmen für den FC Nationalrat daran teil und maßen sich mit einer Mannschaft des finnischen Parlaments, des Schweizer Nationalrats und des Deutschen Bundestags. Zuletzt hatte die Mannschaft aus Österreich 2019 das Turnier gewonnen. Im kommenden Jahr wird es in Österreich ausgetragen.

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Verabschiedung der Mannschaft durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (Mitte) und Mannschaftskapitän Andreas Hanger (Mitte links)

Turniersieger wurde das Team aus Deutschland vor der Mannschaft aus der Schweiz. Die Fußballer/innen aus dem Hohen Haus in Österreich wurden Dritte. Der Kapitän des FC Nationalrat, ÖVP-Nationalratsabgeordneter Andreas Hanger, betonte den verbindenden Charakter des Fußballspielens. Heuer stand das Turnier im Zeichen des Friedens in Europa.

## Jahrbuch für Politik

„Jährlich gebe ich zusammen mit Andreas Khol – der diese Idee vor über 40 Jahren hatte –, Wolfgang Sobotka, Stefan Karner und Günther Ofner das Jahrbuch für Politik heraus. Es ist das Standardwerk für österreichische Politik und Zeitgeschichte“, so die Direktorin der Politischen Akademie und ÖVP-Nationalratsabgeordnete Bettina Rausch. In der Sternwarte Urania wurde vor Kurzem der Jahrgang 2021 als fundierte Bilanz eines turbulenten Jahres präsentiert.

Foto: Sabine Klimpt

Andreas Khol (li.) und Bettina Rausch (re.) anlässlich der Präsentation des Jahrbuchs für Politik

## Südtirolreise österreichischer Abgeordneter

Die Autonomie stand beim Besuch des Südtirol-Unterausschusses des österreichischen Nationalrats bei Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher im Mittelpunkt. Ausschuss-Vorsitzender ist der Tiroler ÖVP-Nationalratsabgeordnete Hermann Gahr. Insgesamt zwei Tage hielten sich die österreichischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Südtirol auf, um sich über die Anliegen Südtirols zu informieren. Von ÖVP-Seite waren auch Kira Grünberg und Reinhold Lopatka dabei. Am Programm standen u.a. ein Austausch mit allen Parlamentsfraktionen des Südtiroler Landtags und ein Besuch des Euregio-Büros in Bozen.

Foto: Lydia Ladurner

Die Delegation der Abgeordneten unter dem Vorsitz von Hermann Gahr vor dem Landtag in Bozen

## Erste Bundestagung für Bürgermeisterinnen im Parlament

Vor Kurzem fand in der Hofburg in Wien eine Bundestagung für Bürgermeisterinnen statt. Auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl diskutierten rund 100 Bürgermeisterinnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz über Herausforderungen der Kommunalpolitik.

Staatssekretärin Claudia Plakolm, die in Vertretung von Frauenministerin Susanne Raab an der Tagung teilnahm, ging in ihren Begrüßungsworten auf die Relevanz der Kommunalpolitik als „Königsdisziplin der Politik“ ein. Mit der Tagung soll die Partizipation von Frauen in kommunalen Einrichtungen bis an die Spitze nachhaltig gefördert und die Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer besseren Geschlechtergleichstellung in der lokalen Führung sensibilisiert werden.

Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Staatssekretärin Claudia Plakolm bei der Begrüßung der Bürgermeisterinnen zur Bundestagung

## Ofenauer bei „Politik am Ring“ zur Ukraine

Der Ukraine-Krieg als Auslöser einer Zeitenwende in der Energiepolitik war Thema der Parlaments-Livesendung „Politik am Ring“, an der ÖVP-Wehrsprecher Friedrich Ofenauer teilnahm. Als großes Zukunftsziel nannte der ÖVP-Mandatar die Energieautarkie. Das Thema sei aber hochkomplex, da ein sofortiger Umstieg auf nachhaltige Energieerzeugung nur bedingt machbar sei, denn man müsse in allen

Bereichen auf Rohstoffe aus anderen Ländern zurückgreifen.

## Klubobleutetagung in Vorarlberg

Die geplante Pflegereform war ein zentrales Thema bei der Tagung der ÖVP-Klubobleute in Bregenz. In der Schweiz gibt es die Pflegelehre seit vielen Jahren, sie ist dort ein Erfolgsprojekt. Es würde daher Sinn machen, von diesem Erfahrungsschatz zu profitieren und

Foto: ÖVP-Klub/Schasching

KO August Wöginger (li.) zu Besuch bei LH Markus Wallner (Mitte) und KO Roland Frühstück (re.) in Vorarlberg

Vorarlberg wäre das ideale Bundesland, um hier eine Pionierrolle zu übernehmen – etwa mit einem Pilotprojekt zur Pflegelehre. Das Bundesland Vorarlberg hatte im ersten Halbjahr 2022 den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz inne und war daher auch Gastgeber der Klubobleutetagung.

## Lopatka für parlamentarische Diplomatie und Dialog zum Ukraine-Krieg

„Es ist unsere Pflicht als Parlamentarier, mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dazu beizutragen, dass die Kampfhandlungen in der Ukraine beendet werden, der Friede wiederhergestellt wird und die Ukraine ihre nationale Souveränität und territoriale Integrität wiedererlangt. Dafür müssen wir parlamentarische Diplomatie und Dialog wirksam einsetzen“, so der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abg. Reinhold Lopatka, bei einer Aussprache österreichischer Parlamentarier mit ukrainischen Abgeordneten im Parlament. Lopatka war vor wenigen Wochen von der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Margareta Cederfelt, zum Sonderbeauftragten für den parlamentarischen Dialog mit der Ukraine ernannt worden.

Foto: Postl

Im Bild (v.l.n.r.): Die ukrainischen Abgeordneten Rusten Umerov, Mariia Mezentseva, Olena Khomenko, Andrii Zhupnyn mit Reinhold Lopatka (Mitte) bei ihrem Besuch in Wien

Seit Beginn des Krieges unterstützen Mandatare des ÖVP-Parlamentsklubs Vertriebene des Ukrainekrieges sowohl in als auch außerhalb Österreichs, sei es durch Besuche in grenznahen Aufnahmezentren, Besuche in der Ukraine, die Bereitstellung von Unterkünften in Österreich bis hin zum Sammeln von Tonnen an lebensnotwendigen Hilfsgütern und deren Lieferung in die Grenzregion.

## Altmandataretreffen im Bundeskanzleramt

In regelmäßiger Abfolge treffen einander die Altmandatarinnen und -mandatare der ÖVP im ÖVP-Parlamentsklub zu einem Beisammensein. Dabei werden nicht nur Erinnerungen ausgetauscht, sondern es geht immer auch um die aktuelle politische Situation. Im Juni waren die früheren Abgeordneten ins Bundeskanzleramt eingeladen, wo

Foto: Jakob Glaser

Die ehemalige langjährige ÖVP-Familiensprecherin und steirische Nationalratsabgeordnete Ridi Steibl (Mitte) zwischen Klubobmann August Wöginger (li.) und Bundeskanzler Karl Nehammer (re.)

sie mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Klubobmann August Wöginger zusammentrafen. Mit dabei so prominente frühere Abgeordnete wie Robert Lichal und Andreas Khol.

## Brandweiner bei Plakolm auf Arbeitsbesuch

Bei einem ersten Arbeitsgespräch konnte sich der Waldviertler Nationalratsabgeordnete und ÖVP-Zivildienstsprecher Lukas Brandweiner mit der nun zuständigen Staatssekretärin Claudia Plakolm austauschen. „Es ist toll, dass die Zivildiener mit unserer Jugendstaatssekretärin eine starke Partnerin bekommen, die den Zivildienst positiv weiterentwickeln und aufwerten will“, sagte Brandweiner nach dem Treffen. Bereits das kürzlich eingeführte kostenlose Klimaticket für Zivildiener präsentierten die beiden Jungpolitiker gemeinsam.

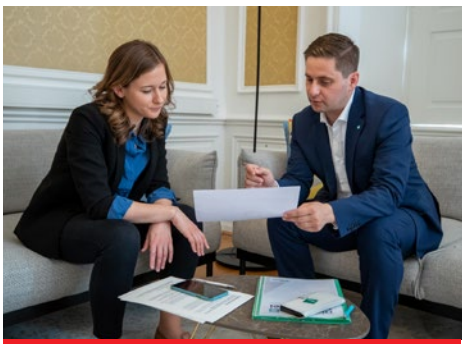


Foto: BKA/Melicharek

ÖVP-Zivildienstsprecher Lukas Brandweiner (re.) zu Gast bei der für Zivildienst zuständigen Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm

## Folder „Die Zukunft der Pflege ist gesichert“

ÖVP-Klubobmann August Wöginger hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner am internationalen Tag der Pflege die Schwerpunkte der ausgearbeiteten Pflegereform vorgestellt. Die Reform umfasst 20 Maßnahmen im Umfang von einer Milliarde Euro bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode für Pflegeberufe, Ausbildung sowie Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Einen Überblick über die Maßnahmen im Detail enthält ein neuer Folder des ÖVP-Parlamentsklubs. Der Folder ist auch auf www.oevpklub.at abrufbar.

# Personalia

Foto: STVP/Kanizai

## Christopher Drexler folgt auf Hermann Schützenhöfer

Nach 52 Jahren in der Politik und 22 Jahren als Mitglied in der Steirischen Landesregierung zieht sich Hermann Schützenhöfer (re.) zurück und übergibt das Amt des Landeshauptmanns an den bisherigen Landesrat und ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler (li.), der nun auch Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei ist. Der 51-jährige Grazer lebt in Passail und ist verheiratet.

Foto: VP Fischler

## Anton Mattle folgt auf Günther Platter

Nach mehr als 30 Jahren in der Spitzenpolitik wird Landeshauptmann Günther Platter (li.) bei der kommenden Landtagswahl im Herbst nicht mehr kandidieren. Seine Nachfolge übernimmt Landesrat Anton Mattle (re.), der als Landesparteiobmann und VP-Spitzenkandidat in die Wahl geht. Der 59-Jährige stammt aus Galtür, ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Foto: AAB Tirol

## Dominik Mainusch ist gf. Obmann des AAB Tirol

Dominik Mainusch (re.) wird bis zum nächsten ordentlichen Landestag die Funktion als geschäftsführender Landesobmann des AAB Tirol ausüben. Er folgt in dieser Funktion LR Beate Palfrader (li.) nach, die ihr Amt als Landesobfrau zurücklegt. Dominik Mainusch ist seit 2016 Bürgermeister von Fügen im Zillertal und seit März 2018 Abgeordneter zum Tiroler Landtag. Der 31-Jährige ist verheiratet und Vater einer Tochter.

Foto: ??????????????????????

## Gaby Schwarz wird neue Volksanwältin

Aufgrund der Regierungsumbildung in der Steirischen Landesregierung wechselt Werner Amon (re.) als Landesrat in die Steiermark und Gaby Schwarz (li.) folgt ihm in die Position der Volksanwältin nach. Gaby Schwarz hat sich in den vergangenen Jahren als Gesundheits- und dann auch als Mediensprecherin im ÖVP-Parlamentsklub für die Belange der Menschen in diesem Land eingesetzt. Zudem zeichnet sie ihr Engagement in der Krisenintervention besonders aus. Die 59-Jährige kommt aus einem politischen Haus und lebt in Eisenstadt.

Foto: ÖVP Vorarlberg

## Michael Sochor ist neuer Landesgeschäftsführer des Vorarlberger ÖAAB

Ende Mai wurde der Bregenzer Michael Sochor vom Landesvorstand des Vorarlberger AAB als neuer Landesgeschäftsführer eingesetzt. Der 29-jährige ehemalige Projektmanager, der bisher vor allem im Tourismus- und Veranstaltungsbereich tätig war, ist seit August 2021 im Team von ÖVP-Landesgeschäftsführer Dietmar Wetz in der Landesgeschäftsstelle als Ziel-, Bezirks- und Ortsgruppenbetreuer, sowie Klimaforum-Geschäftsführer tätig.

Foto: ÖAAB Wien

## Stefan Lochmahr ist neuer Landesgeschäftsführer des ÖAAB Wien

Ende Juni wurde der Floridsdorfer Stefan Lochmahr vom Landesvorstand des ÖAAB Wien zum neuen Landesgeschäftsführer bestellt. Mit seinen jungen 26 Jahren war er bereits in den verschiedensten Berufsfeldern tätig, ob als Supermarktmitarbeiter während des Lockdowns, Sicherheitsmitarbeiter an der Universität Wien und zuletzt als Büroleiter des LAbg. GR Hannes Taborsky, welcher nun auch Landesobmann des ÖAAB Wien wurde.

# Gemeinnütziger Wohnbau – als leistbare Alternative für die Menschen

**Der Traum von den eigenen vier Wänden ist für viele in weite Ferne gerückt. Deswegen ist es in Zeiten wie diesen notwendig, dass es neue Modelle für die Menschen gibt, die leistbares Wohnen wieder ermöglichen.**

Die Wohnungspreise – sowohl bei Miete als auch bei Eigentum – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Auch leistbares Bauland wird, besonders in Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf, immer knapper. Die Grundstückspreise in den Städten haben sich in den vergangenen Jahren deutlich dynamischer entwickelt als die Baukosten und gefährden somit die Leistbarkeit des Wohnens. Besonders der Eigentumserwerb in den westlichen Bundesländern ist kaum mehr möglich.

Foto: Werner Jäger

Im Bild: 1. Reihe (v.l.n.r.): Generalsekretärin Ingrid Berger, GF Christian Lang, Familie Ganser, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, AR-Vorsitzender Peter Maschat, Landesgeschäftsführer Simon Schmidt, NBG Dir. Walter Mayr; 2. Reihe (v.l.n.r.): Bauleiter Hermann Zwitkovits, Vzbgm. Matthias Adl, Bildhauer Andreas Herfert, Abg.z.NR Friedrich Ofenauer, Leiter Hausverwaltung Alexander Lackner, Techniker Christoph Trübswasser

Vor dem Hintergrund explodierender Wohnungskosten ist die Nachfrage nach gemeinnützigen Wohnungen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Bei der Wohnbauförderung müssen ein wirksamer Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen gewährleistet sein.

Ein positives Beispiel für gelebte Gemeinnützigkeit im Wohnbau ist dabei die Niederösterreichische Bau- und Siedlungsgenossenschaft (NBG), die sich dem Ziel verschrieben hat, als verlässlicher Partner des Landes Niederösterreich im gemeinnützigen Wohnbau Wohnraum für die Menschen zu schaffen. Denn Wohnen muss für alle leistbar bleiben.

Auf der Baustelle der NBG in St. Pölten-Spratzern, kann man sich ein Bild von der gelebten sozialen Verantwortung einer Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft machen. Dort errichtet die NBG für alle Generationen und Zielgruppen mit Mitteln der NÖ Wohnbauförderung eine Wohnhausanlage mit 75 Wohnungen in Miete mit Kaufrecht.

Mitte Mai besuchte die Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales Christiane Teschl-Hofmeister die Baustelle in Spratzern und freute sich, dass dort lebenswerter und erschwinglicher Wohnraum für alle Generationen neu geschaffen wird. „Was hier geschaffen wird, ist großartig“, so Teschl-Hofmeister. „Wohnen muss für alle leistbar sein und bleiben. Außerdem muss bei Neubauten unbedingt auf Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit gesetzt werden – hier geht die NBG mit bestem Beispiel voran.“

Bereits seit Jahren setzt die NBG auf eine nachhaltige und ökologische Wohnbauweise: Deshalb wird die gesamte Wohnhausanlage in Niedrigenergiebauweise mit kontrollierter Wohnraumlüftung und Wärmerückgewinnung errichtet. Die Beheizung und Warmwasserbereitung erfolgen mittels einer Biogas-Kesselanlage. Zusätzlich wird eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert. Jedes Stiegenhaus wird barrierefrei ausgestattet und ein Personenaufzug eingebaut. Die Wohnungen werden mit einer Wohnnutzfläche zwischen 50 m² und 84 m² angeboten, verfügen über einen PKW-Abstellplatz in der Tiefgarage sowie über ein Kellerabteil mit eigenem Stromanschluss.

Die NBG geht mit gutem Beispiel voran, was gelebte soziale Verantwortung der Gemeinnützigen im Wohnbau betrifft. Einfach zufrieden wohnen ist dabei das Motto!

# Veronika Marte ist neue Obfrau des Vorarlberger ÖAAB

**LAbg. Veronika Marte wird beim 29. Landestag neue Obfrau des Vorarlberger ÖAAB. Der neue Leitantrag beinhaltet u.a. die Forderung nach 1.700 Euro Mindestlohn, Forderungen nach Verbesserungen im Betreuungs- und Pflegesystem, zukunftsorientierte Bildungsmodelle und Maßnahmen gegen die Teuerung.**

Vor zahlreichen Ehrengästen, darunter Landeshauptmann Markus Wallner, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Abg.z.NR Norbert Sieber und Landtagspräsident Harald Sonderegger, präsentierte LAbg. Veronika Marte zu ihrem Amtsantritt als Obfrau den neuen Leitantrag. Gleich einleitend brachte Marte es auf den Punkt: „Was haben wir von Vollbeschäftigung, wenn sich Familien trotz Vollzeit-Job das Leben bald nicht mehr leisten können?“ Um diese und die vielen anderen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft mitzugestalten, brauche es eine starke Vertretung des Mittelstandes, einen starken ÖAAB in Vorarlberg. „Mit unseren Ideen und Forderungen wollen wir unseren Teil dazu beitragen, die Lebensqualität in Vorarlberg weiter zu verbessern, einen breiten Zugang zu Bildung zu ermöglichen, Leben und Arbeit in Balance zu halten, Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und uns gesellschaftlich weiterzuentwickeln“, so die neue Obfrau.

Foto: Vorarlberger Volkspartei

Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, die neue Landesobfrau des Vorarlberger ÖAAB Veronika Marte, der ehemalige Landesobmann Harald Witwer und Landeshauptmann Markus Wallner

## Starke Vertretung des Mittelstandes

LAbg. Veronika Marte wurde an diesem Abend im Rankweiler Vinomnasaal von 100 Prozent der Delegierten zur Vorarlberger Landesobfrau des ÖAAB gewählt. Sie löst damit LAbg. Bgm. Harald Witwer ab, der das Amt seit 2017 innehatte. „Ich freue mich auf diese Aufgabe und bedanke mich herzlich bei Harald Witwer, der wie in den vergangenen Jahre auch in den Arbeitsgruppen für den neuen Leitantrag mit seiner Tatkraft und seiner Expertise zur Formulierung der gemeinsamen Ziele Ideen eingebracht hat“, so Marte direkt nach ihrer Ernennung.

## Mindestlohn, Familien entlasten, Talente fördern

Leistung muss sich lohnen, darum sei eine der wichtigen Forderungen des ÖAAB die Einführung eines Mindestlohns, der mit 1.700 Euro deutlich über der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegt. „Damit dieser Mindestlohn auch nachhaltig seine Wirkung entfalten kann, muss außerdem dringend die Kalte Progression abgeschafft werden, was nun mit Jahreswechsel Realität wird. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeit, Gerechtigkeit bei Pensionen und gelebten Klimaschutz ein. Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Jugend und Wohnen haben das Ziel, Talente und die individuelle Entfaltung zu fördern, damit Vorarlberg der chancenreichste Lebensraum für Kinder wird.“

# Hannes Taborsky ist neuer Landesobmann des ÖAAB Wien

**Im Rahmen des 26. ordentlichen Landestags des ÖAAB Wien im Ankersaal der Brotfabrik im 10. Wiener Gemeindebezirk wurde Hannes Taborsky zum neuen Obmann des ÖAAB Wien gewählt.**

Unter dem Motto: „Sicherheit.Wohlstand.Zukunft." fanden sich Ende Juni knapp 200 Delegierte, sowie Gäste in der Ankerfabrik ein, um das neue Team an der Spitze des ÖAAB Wien zu wählen. Auch zahlreiche Vertreter der Bundes- und Landespolitik zum Landestag, darunter Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundesministerin Karoline Edtstadler, der Landesobmann der Wiener Volkspartei Stadtrat Karl Mahrer und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits folgten der Einladung des Wiener ÖAAB in den Ankersaal der Brotfabrik.

Foto: ÖAAB Wien

Im Bild (v.l.n.r.): Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei Karl Mahrer (li.), der neu gewählte Landesobmann des ÖAAB Wien Hannes Taborsky und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits

## Neues Team für den ÖAAB Wien

Der Penzinger Hannes Taborsky wurde dabei als neuer Landesobmann des Wiener ÖAAB mit einer deutlichen Mehrheit gewählt. Taborsky übernimmt damit die Obmannschaft von Karl Nehammer, der im Mai als neuer Bundesparteiobmann der Volkspartei gewählt worden ist. Zu seinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden Romana Deckenbacher, Wolfgang Gerstl, Caroline Hungerländer, Florian Kahl, Alexandra Lugert und Thomas Rasch gewählt.

## Kritik an der Wiener Stadtpolitik

In seiner Antrittsrede unterstrich Hannes Taborsky die Leistungen der Bundesregierung in diesen herausfordernden Zeiten ein. Gleichzeitig sparte er auch nicht an Kritik an der Wiener Stadtregierung: „Als Gemeinderat bin ich tagtäglich mit dem Fehlverhalten der rot-pinken Stadtregierung konfrontiert", so Hannes Taborsky und weiter: „Sei es in der Sicherheits- und Integrationspolitik, im Bildungsbereich oder Verkehr wie beim Parkpickerl: Die Wiener Stadtregierung entlastet die Wiener und Wienerinnen nicht, sondern belastet sie zusätzlich mit immer höheren Gebühren Abgaben und immer neuen Verordnungen."

Er sei überzeugt, dass der Wiener ÖAAB die besseren Ideen für diese Stadt habe und freue sich auf die Zusammenarbeit mit seinem neuen Team, so der neue Obmann Hannes Taborsky nach seiner Wahl.

# Unterwegs in Österreich

Foto: ÖAAB

## Politik zum Mitnehmen

Einen Podcast für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet nun auch der ÖAAB an. Dieser regelmäßig wiederkehrende Audiobeitrag, den man über das Internet anhören kann, wird – im Gegensatz zu einer klassischen Sendung zu keiner festen Sendezeit – den Hörerinnen und Hörern die Möglichkeit geben, regelmäßig einen Einblick in das politische Geschehen zu nehmen. Und das Beste dabei: Man kann sich diese Beiträge überall anhören! Einfach Politik zum Mitnehmen! Den Anfang machten ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (li.) und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (re.), die von FCG Jugend Generalsekretär Alexander Jansa (Mitte) unterstützt wurden.

Foto: ÖAAB Burgenland

## „Bleiben wir in Kontakt!“

Der Landesobmann des ÖAAB Burgenland Christian Sagartz und der ÖAAB-Landesgeschäftsführer und AK-Kammerrat Johannes Mezgolits besuchten zum Start der Betriebstour die Firma Haustechnik Janska in Neudörfl. Unter dem Motto „Bleiben wir in Kontakt“ stehen Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über ihre Anliegen zu aktuellen Themen wie die Steuerreform, die Pendlerthematik und die hohen Energiekosten am Plan der Tour. Und dabei kommen die Vertreter der ÖVP Arbeitnehmer nicht mit leeren Händen: Als passendes Geschenk gab es für jede und jeden ein innovatives Ladekabel für alle gängigen USB-Anschlüsse. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Landesgeschäftsführer Johannes Mezgolits, LAbg. Julia Wagentristl, Mitarbeiterin der Fa. Janska Sabrina Schuh, Unternehmer Ewald Janska, LAbg. Melanie Eckhardt und ÖAAB-Landesobmann Christian Sagartz

Foto: ÖAAB Kärnten

## Alles klar?

Seit 1. Juli bringt die Ökosoziale Steuerreform eine breite Entlastung für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Um sich über die genauen Maßnahmen und die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Bekämpfung der hohen Inflation zu informieren, kamen interessierte Mitglieder des ÖAAB Kärnten im Gasthof Karawankenblick im Bezirk Völkermarkt zusammen. Gerade Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Familien profitieren von der Steuerreform. Um die Beantwortung aller offenen Fragen kümmerte sich Daniel Heinrici gerne, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer genossen die gemeinsame Zeit im gemütlichen Rahmen. Im Bild (v.l.n.r.): Katja Kraus, SR Andreas Sneditz, SR Elisabeth Kollitsch, Rudolf Marin, Daniel Heinrici, ÖAAB-Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner, Friedrich Jörg, Kristina Anna Müller, ÖAAB-Landesgeschäftsführer Markus Mischensky, Juliane Roschitz, Hartwig Schulnig und Anna Schuster

Foto: ÖAAB

## Im Gespräch

Unter dem Motto „Im Gespräch“ tourte ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits im Juni durch Österreich, um im Austausch mit den Mitgliedern des jeweiligen ÖAAB-Landesvorstandes über die Ökosoziale Steuerreform, die aktuellen Maßnahmen gegen die Teuerung und die Vorhaben im Herbst zu informieren. Seinen Tourstopp in Oberösterreich nützte er gleich für einen Antrittsbesuch bei der neuen ÖAAB-Landesgeschäftsführerin Bettina Bernhart. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Bezirksobmann Urfahr-Umgebung Josef Rathgeb. ÖAAB-Landesgeschäftsführerin Bettina Bernhart, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, ÖAAB-Landesobfrau Christine Haberlander, OÖVP-Bezirksparteiobmann Linz-Land Wolfgang Stanek und ÖAAB-LGF-Stellvertreter Mario Hermüller

Foto: ÖAAB

## Reger Austausch mit der BAK-Fraktion

Im Vorfeld der Sitzungen der Bundesarbeitskammer finden interne Fraktionssitzungen statt. Zu einem regen Austausch trafen sich diesmal die Mitglieder der ÖAAB/FCG-Fraktion in der Bundesarbeitskammer Ende Juni in Innsbruck. Auch ÖAAB-Generalsekretär Abg.z.NR Christoph Zarits ließ es sich nicht nehmen, im Rahmen seiner Bundesländertour daran teilzunehmen, und berichtete dort über die Vorhaben der Bundesregierung bezüglich der Teuerungen und die Pläne für den politischen Herbst. Im Bild: Vorarlbergs AK-Präsident Hubert Hämmerle (li.), ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (Mitte) und Tirols AK-Präsident Erwin Zangerl (re.)

Foto: Salzburger Volkspartei

## Zu Gast im Salzburger Pongau

Im Rahmen der Pongau Dialoge der Salzburger Volkspartei waren ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger und LAbg. Daniela Rosenegger in Schwarzach zu Gast. Dabei ging es zuerst auf den Hof von Conny Rohrmoser, wo man einen ganz besonders tierischen Besuch erlebte. Bei angeregten Gesprächen erfuhren die Besucherinnen und Besucher viel über die tiergestützte Pädagogik sowie die Arbeit mit den Tieren und Kindern. Danach ging es weiter in die Schule für Gesundheits- und Krankenpflege. Hier unterhielten sich die beiden bei einer Besichtigung der Ausbildungsstätte vor allem über die Zukunft der Pflege mit der stv. Direktorin Renate Baumgartner. Im Bild (v.l.n.r.): LAbg. Daniela Rosenegger, ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger, Conny Rohrmoser von der Tiertherapie, Bgm. Günther Mitterer aus St. Johann/Pongau, Christine Gehwolf (Mitarbeiterin ÖVP Pongau)

# Jahrbuch für Politik 2021

**Buchtipp**

Die Politische Akademie trägt im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Geschehnissen der Realpolitik in Österreich – stets auch mit einem Blick über den Tellerrand unserer Landesgrenzen hinweg. Grundpfeiler dieser facettenreichen Arbeit ist das „Österreichische Jahrbuch für Politik". Es ist das Standardwerk österreichischer Zeitgeschichte und befasst sich vollumfänglich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ereignissen des vorangegangenen Jahres.

Herausgegeben von Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch und Günther Ofner, bietet es einen Deepdive in die wichtigsten Schlagzeilen, die bedeutendsten Ereignisse und einschneidenden Veränderungen unseres Landes. Mit Beiträgen von renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den bestimmenden Journalistinnen und Journalisten und Politikbeobachterinnen und -beobachtern wird das letzte Jahr in allen Facetten analysiert und es werden die wichtigsten Schlüsse herausgearbeitet.

Die Politische Akademie ist stolz, dieses Werk seit 1977 maßgeblich mitzugestalten und durch die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren die komplexen politischen Vorgänge in unserem Staat im Detail zu diskutieren. Die Expertinnen und Experten, die in diesem Band zu Wort kommen, spiegeln dabei das breite Spektrum der österreichischen Politik-, Wissenschafts- und Medienlandschaft wider.

In 55 Beiträgen auf 640 Seiten dokumentieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktikerinnen und Praktiker das politische und zeitgeschichtliche Geschehen des Jahres 2021. Im Zentrum des Jahrgangsbandes 2021 stehen ein Rückblick auf die Ära-Kurz, das Agieren der Parlamentsparteien in stürmischen Zeiten und die neuen Herausforderungen für unsere Verfassung.

„Österreichisches Jahrbuch für Politik 2021"
ISBN: 978-3-205-21368-0
Autoren: Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch, Günther Ofner (Hg.)
Edition: Eine Publikation der Politischen Akademie, 2021
Verlag: Böhlau Verlag
Preis: € 47,--

# Im Mittelpunkt der Mensch

göd.fcg

## STABILITÄT & SICHERHEIT

Foto: Hans/Pixabay

goedfcg.at